



Vereinigung der Unternehmensverbände
in Hamburg und Schleswig-Holstein e.V.



Gemeinsame Erklärung des Unternehmensverbandes Nord und der CDU Schleswig-Holstein:

Die Bundesregierung muss sich eindeutig zur A20 bekennen – inhaltlich und finanziell!

Bereits im Frühjahr 2023 haben der Unternehmensverband Nord und die CDU Schleswig-Holstein in ihrer gemeinsamen Erklärung zum Spitzengespräch 2023 die große Bedeutung der bestehenden und geplanten Autobahnen in Schleswig-Holstein betont und scharfe Kritik an den damaligen Ergebnissen des Koalitionsausschusses zum Ausbau der Straßeninfrastruktur geübt. Anlass der Kritik im Frühjahr 2023 war, dass die A20 trotz ihrer großen Bedeutung für Norddeutschland nicht in die Liste der Projekte mit überragendem öffentlichem Interesse aufgenommen worden war. Im Herbst 2023 hat die Ampel-Regierung darüber hinaus den Ausbau der A23 explizit von der Liste der zu beschleunigenden Projekte ausgenommen, trotz vorheriger anderslautender Zusagen.

Anfang Juli 2024 war nun bekannt geworden, dass der Bundesverkehrsminister den Weiterbau der A20 infrage stellt. Auch wenn der Bundesfinanzminister nun angekündigt hat, 300 Millionen Euro über einen Nachtragshaushalt 2024 für den Autobahnbau zur Verfügung zu stellen, fehlt auch nach Bekanntwerden der Haushaltseckpunkte für 2025 das eindeutige inhaltliche und finanzielle Bekenntnis des Bundesverkehrsministers zum Weiterbau einer der zentralsten Infrastrukturaachsen für Norddeutschland. Nachdem im letzten Jahr schon die A23 seitens des Bundes hintenangestellt wurde, ist das der nächste Schlag in die Magengrube für die schleswig-holsteinische Straßeninfrastruktur, die Wirtschaft und die Bürgerinnen und Bürger. Für den Unternehmensverband Nord und die CDU Schleswig-Holstein ist es unverständlich, dass die Straßeninfrastruktur in Schleswig-Holstein so wenig Bedeutung bei der Bundesregierung genießt. Diese Haltung teilen auch schleswig-holsteinische Bundestagsabgeordnete, die der Regierungskoalition in Berlin angehören.

Die A20 ist als Ost-West-Querung von überragender Bedeutung für die Bundesländer Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg, Bremen und Niedersachsen und hat als Bestandteil des transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-V) auch eine europäische Dimension. Für alle norddeutschen Länder ist die A20 ein Schlüsselprojekt, das die Nord-Süd-ausgerichteten Verkehrsachsen miteinander verbindet und den Verkehrsknotenpunkt Hamburg entlastet.

Darüber hinaus sind die Planungen der A20 in den verschiedenen Abschnitten bereits sehr fortgeschritten. Für den Elbtunnel bei Glückstadt etwa liegt bereits Baurecht vor. Auch bezüglich der Umweltverträglichkeit des Projektes wurde in den letzten Jahren bzw. Jahrzehnten großer Aufwand betrieben, um die ökologischen Auswirkungen auf die Umwelt möglichst gering zu halten.

Auch für die Bundeswehr und den Ausbau der Wehrhaftigkeit der Bundesrepublik Deutschland ist der Weiterbau der A20 und gerade eine weitere Elbquerung zwingend erforderlich. Als Achse und Drehkreuz der Bundeswehr und der NATO spielt Schleswig-Holstein eine herausgehobene strategische Rolle, weswegen auch militärstrategische Fragen bei den Planungs- und Bauvorhaben des Landes eine größere Rolle spielen.

Wenn der Bau bzw. Weiter- und Ausbau der Infrastrukturprojekte in Schleswig-Holstein nicht beschleunigt, geschweige denn nicht inhaltlich und finanziell unterstützt und durchgeführt wird, drohen Nachteile für die Transformation der Wirtschaft in Richtung Klimaneutralität, für die wirtschaftliche Entwicklung und für die Sicherung des Wohlstandes in Norddeutschland insgesamt.

Der Unternehmensverband Nord und die CDU Schleswig-Holstein fordern die Bundesregierung auf, die schleswig-holsteinische Straßeninfrastruktur nachhaltig zu unterstützen sowie den Weiterbau der A20 mit Tatkraft zu verfolgen und die Finanzierung im Bundeshaushalt für 2025 und die folgenden Jahre sicherzustellen.